

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„ENTLASSUNGEN NICHT AUSGESCHLOSSEN“ – „PERSONALABBAU UNVERMEIDBAR“?

Die Meldungen über einen „im wahrscheinlichen Bereich“ liegenden, in der Nachkriegszeit einmaligen Schrumpfkurs der deutschen Wirtschaft von deutlich mehr als 3% (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW), verbinden sich mit Prognosen über den Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf 4-5 Millionen.

Die Welle der Arbeitsplatzvernichtungen und Entlassungen rollt: 100.000e ArbeitnehmerInnen werden mit ihrem Arbeitsplatz der Lebensgrundlagen für ihre Familien beraubt.

Sind wir diesem Weg in die Zerstörung der Gesellschaft fatal ausgeliefert?

Für die Große Koalition gibt es nichts Wichtigeres zu tun, als immer neue Milliarden zur Rettung der Bankiers, Spekulanten und Kapitalisten zu verteilen. Damit folgt sie dem Gebot der EU, dem zufolge die europäischen Regierungen 2,7 Billionen Euro an Krediten und Garantien für die Bankiers und Spekulanten bereitstellen.

Die gleiche EU spricht von der Unausweichlichkeit eines drastischen Arbeitsplatzabbaus im Rahmen „schmerzlicher“ Umstrukturierungsmaßnahmen. Und es ist die gleiche EU, die jede Subventionierung zum Erhalt von Arbeitsplätzen verbietet. Ihr Instrumentarium für einen Beitrag zur „Vermeidung“ von Massenentlassungen heißt: Lohnkürzungen, Kurzarbeit, „sozialverträglicher“ Abbau von Arbeitsplätzen... Muss man nicht mit der EU brechen?

Auf dem Krisengipfel, zu dem Bundeskanzlerin Merkel am 14. 12. 2008 eingeladen hatte, hat der IG Metall-Vorsitzende Huber gefordert: Keine Entlassung in 2009.

Und die Antwort der Unternehmer? „Nach Möglichkeit“ sollen zwar Entlassungen vermieden werden. Aber jede Verpflichtung und Garantie dafür lehnen sie ab: „Wir werden aber um einen Personalabbau nicht herum kommen“, so der Gesamtmetall-Präsident Kannegiesser.

Von den Gewerkschaften fordern sie ein, ihrerseits einen Beitrag gegen Massenentlassungen zu leisten, und erpressen schamlos von den Gewerkschaften und Betriebsräten die Zustimmung zu „sozialverträglichem Arbeitsplatzabbau“, zu Kurzarbeit und Zwangsurlaub, Lohnkürzungen, Tarifabweichungen aller Art usw.

Seither haben 387.000 KollegInnen allein im Januar ihren Arbeitsplatz verloren, und für fast 300.000 wurde im Januar neu Kurzarbeit angemeldet (insgesamt sind seit Oktober fast 800.000 auf Kurzarbeit, mit entsprechenden Lohnkürzungen). Infolge um sich greifender Insolvenzen bei der Automobilzuliefererindustrie droht weiteren 100.000 Beschäftigten der Arbeitsplatzverlust.

Thyssen-Krupp hat betriebsbedingte Kündigungen „nicht ausgeschlossen“; von Oktober bis Dezember 2008 mussten bei Thyssen-Krupp schon 3.000 Beschäftigte gehen, sind jetzt 1.500 Stellen am Standort Duisburg bedroht, .

Infineon/Quimonda hat die hunderte Millionen angebotenen Staatsgelder zur Rettung von Quimonda abgelehnt und mit dieser Entscheidung den Chip-Hersteller in Dresden mit 3.000 Beschäftigten, einen der wenigen sog. ostdeutschen industriellen Leuchttürme, in die Insolvenz getrieben, d.h. zum Abschlichten frei gegeben.

An den deutschen Standorten von Infineon sollen weitere 4.800 Beschäftigte in Kurzarbeit geschickt werden, damit wäre der Großteil der 9.900 dort Beschäftigten in Kurzarbeit – in Vorbereitung auf Arbeitsplatzverlust?

Muss man Unternehmen wie Infineon nicht in den Arm fallen, um ein weiteres Sterben industrieller Arbeitsplätze zu verhindern?

Muss den Unternehmenseignern nicht die Entscheidung über Entlassungen und Betriebsschließungen sofort aus der Hand genommen werden und der Betrieb, das Betriebsvermögen, die Produktion und die Arbeitsplätze unter staatlichen Schutz gestellt werden?

Die Forderung der IG Metall nach dem Stopp aller Entlassungen, die von IG Metall und ver.di geforderte Arbeitsplatzgarantie für Unternehmen, die staatliche Hilfgelder erhalten:

Wie können sie Wirklichkeit werden?

150 GewerkschafterInnen und politisch engagierte ArbeitnehmerInnen aus 21 Ländern haben auf der Europäischen Konferenz am 7./8. Februar 2009 in Paris gemeinsam beschlossen:

„Vereinigen wir uns, um in jedem Land die Forderung des Verbots von Entlassungen und Arbeitsplatzvernichtung und die Forderung nach einem Arbeitsplatz für alle zu verbreiten. Machen wir daraus die zentrale Achse für die Verwirklichung der Einheit der ArbeitnehmerInnen und ihrer Organisationen.“

GewerkschaftskollegInnen aus Deutschland haben diesen Vorschlag angenommen. In einem Offenen Brief an die Vorstände des DGB und der DGB-Gewerkschaften fordern sie:

„Ist es nicht möglich und notwendig, die vereinte Kraft der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen zu mobilisieren, um von der Regierung zu fordern:

Verbot von Entlassung, Kündigung und Arbeitsplatzvernichtung in der privaten Wirtschaft wie im Öffentlichen Dienst – angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe erhalten!

Macht das Verbot von Entlassung und Arbeitsplatzvernichtung zum zentralen Ziel aller gewerkschaftlichen Aktionen!

Stellt diese Forderung in das Zentrum der Vorbereitung der Mobilisierung für die DGB-Demonstration am 16. Mai in Berlin!

Fordert die SPD-Abgeordneten im Bundestag auf, sofort dafür eine Gesetzesinitiative zu ergreifen!“

Wir rufen unsere LeserInnen auf, unterstützt diesen Offenen Brief, sammelt Unterschriften und beschließt entsprechende Resolutionen.

CARLA BOULBOULLÉ